



LiFo Oldenburg



@linkes-forum-oldenburg.de • **Folgen**

Flüchtlingspolitik - zum Wahlkampfthema der CDU, SPD, FDP, AfD, SyrerInnen und AfghanInnen großzügig abzuschieben

Jetzt sollen keine SyrerInnen mehr rein nach Deutschland, sondern möglichst viele wieder raus, so unisono CDU, FDP, SPD, AfD. Das BSW positioniert sich auch nicht fern davon. Gefeierte wird die erfolgreiche Offensive gegen das Assad-Regime. Damit sei der Grund für SyrerInnen, in Deutschland zu bleiben, hinfällig. Für die humanitäre Hilfe will die Bundesregierung kurzfristig acht Millionen Euro zur Verfügung stellen. Hauptthema des Wahlkampfs aber: „Möglichst raus mit denen!“

Die Argumente muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Flüchtlinge sollen zurück, obwohl die 2015/2016 Angekommenen inzwischen zu zwei Dritteln arbeiten. Von den männlichen Flüchtlingen arbeitet sogar ein höherer Prozentsatz als bei deutschen Männern; die ihren Anteil dazu beitragen, dass hier nicht alles den Bach runtergeht, z. B. in der Pflege und Logistik. Was diese Flüchtlinge leisten, wird öffentlich nur bei den besser gestellten diskutiert, d.h. den syrischen MedizinerInnen. Von denen sollen dann doch schon einige bleiben (dürfen). Einfachere ArbeiterInnen interessieren aber nicht.

SyrerInnen sollen zurück in ein Land, dessen zukünftige Verfassung völlig ungeklärt ist

... dessen Wirtschaft am Boden liegt, in dem manche Städte zerstört sind und wo 90 % in Armut und ein Viertel in extremer Armut leben. Denen jetzt acht Millionen an humanitärer Hilfe versprochen werden. In ein Land, wo weiterhin bürgerkriegsähnliche Zustände herrschen. Wo die einzige politisch konstante Alternative, die ernsthaft für Demokratie und Religionsfreiheit steht, d. h. die Selbstverwaltung in Rojava/Nordsyrien, regelmäßigen Bombardierungen durch die Türkei und Angriffen von deren paramilitärischen Gruppen ausgesetzt ist. Woher genau ein großer Teil der Geflüchteten stammt.



Aktion 2022 in Cuxhaven; Foto: privat

Afghanistan

Im August 2021 verließen die Truppen des Westens fluchtartig Afghanistan, das Land fiel in wenigen Wochen in die Hände der Taliban. Nach 20 Jahren „Verteidigung der Freiheit am Hindukusch“ das Ende jeglicher Freiheiten für Frauen, die nicht mehr als die Grundschule besuchen dürfen, die keine wesentliche Rolle im öffentlichen Raum mehr einnehmen und als schwarze Massen im Hintergrund verschwinden sollen. Zwei Jahrzehnte Freiheitsverteidigung, davon 17 Jahre unter CDU-Regierung. Mit dem Ergebnis eines der unfreiesten Systeme auf dieser Erde mit einer Bevölkerung in bitterster Armut.

Die Hölle der afghanischen Bevölkerung, besonders der weiblichen, interessiert die genannten Parteien dagegen maximal als Nebensächlichkeits. Sie ist jedenfalls so nebensächlich, dass laut dem Vorsitzenden der CDU jetzt von ihnen möglichst keine/r mehr ins Land hinein und möglichst viele wieder raus sollen.

Scheinargumente

Die irrwitzigen Terrorpläne und -attacken von einigen männlichen Flüchtlingen dienen als Scheinargument für die Verstärkung der staatlichen Überwachung, obwohl völlig klar ist, dass die vorhandenen Polizeikompetenzen meistens hingereicht hätten, wenn denn entsprechend gearbeitet worden wäre. Immerhin: Ein erneutes mögliches Versagen polizeilicher Instanzen beim Anschlag in Magdeburg soll laut Faeser schonungslos aufgeklärt werden. Schonungslos unaufgeklärt blieb in ihrer Regierungszeit dagegen die wachsende Zahl von Brandanschlägen auf Flüchtlingsheime: Die Aufklärungsquote liegt bei 10 %. Und für deren Aufklärung hätte es keiner Veränderung der Gesetzgebung zur inneren Sicherheit oder zur Bevölkerungsüberwachung bedurft. Man hätte sich kümmern müssen.

Umfassendes Treten

Wir erleben ein umfassendes Treten - allen voran der Parteien AfD, FDP und CDU - nicht nur gegen Flüchtlinge aus Afghanistan und Syrien, sondern auch ein Treten gegen die vielen Menschen, die mit ihrer Willkommenskultur, mit ihrem „refugees welcome“ das Wunder von 2015/2016 möglich machten. Denen jetzt erklärt wird, dass all das Gute, was sie in den vergangenen Jahren geleistet haben, schlecht gewesen sein soll.

Wir sagen: Nein, es war gut was ihr/wir seitdem geleistet haben.

Wir sagen: Nein, es sind die politisch auch von der CDU verantworteten staatlichen Behörden, die häufig nicht funktionieren, ob es um Integration, um Verhinderung von Terroranschlägen und um die Aufklärung von Gewalttaten geht.

Und wir sagen: Es gibt eine Reihe von Menschen, auf deren laute Stimme wir gerne verzichten könnten. Auf deren Ansprüche auf Macht, Reichtum, Vernutzung von Naturressourcen ebenfalls.

Und auf diese elende Gehässigkeit gegen „Ausländer“, besonders von denen, deren gesellschaftliche Lage eigentlich dazu führen sollte, Fürsorge und Kooperation zu betonen statt Tücke und Verleumdung.

Nicht verzichten wollen wir aber auf das Zusammenleben mit den vielen Menschen anderer Kulturen! Das galt vor und gilt nach der Bundestagswahl. Lasst uns gemeinsam entsprechend wählen gehen!

Für Freiheit, Gleichheit, Fürsorge und Kooperation



Vielfalt ist Trumpf!

Und was sagt die Keine-Alternative-für-Deutschland-und-nirgendwo-Partei zu diesem Thema? Eben nur:

Keine Asylverfahren, freiwilligen Aufnahmeprogramme oder keinen Familiennachzug, keine Einbürgerungsansprüche, Doppelpässe, Unterstützung oder Duldung von Schleusungen im Mittelmeer, individuelle Abwägung bei abgelehntem Asylverfahren... und

Zäune („Grenzen müssen kontrollierbar werden ... auch durch den Einsatz von Grenzzäunen“).

Wir sagen dagegen:

KEINE Stimme für die AfD, hohe **ZÄUNE** gegen solches Denken!